

Regierungserklärung zum Europäischen Rat

Vertrauen und Verlässlichkeit

„Regeln sind dazu da, sie einzuhalten“, sagte Gerda Hasselfeldt am Donnerstag vor dem Deutschen Bundestag. Dies gelte aktuell in besonderer Weise für Griechenland, so die Vorsitzende der CSU-Landesgruppe im Anschluss an die Regierungserklärung zum Europäischen Rat in Brüssel. Verlässlichkeit und Vertrauen sind feste Prinzipien, die die Stärke Europas ausmachen.



Foto: picture alliance/dpa

In jedem europäischen Land ist erstmals seit der Finanzkrise wieder Wachstum zu verzeichnen. Die Arbeitslosigkeit in Spanien und Portugal sinkt. „All das bestätigt, dass der Kurs, den wir in den letzten Jahren auch hier im Bundestag immer wieder verfolgt haben, der Kurs, der in Europa gegolten hat – nämlich Solidarität und Solidität – der richtige war und dass wir diesen Kurs fortsetzen müssen“, sagte Hasselfeldt im Plenum.

Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel machte zuvor in ihrer Regierungserklärung

deutlich, dass der Weg Griechenlands aus der Krise ein „Kraftakt“ bleibe. Dieser könne jedoch nur mit einem Dreiklang aus soliden öffentlichen Finanzen, Struktur-reformen und Investitionstätigkeit gelingen, ergänzte Hasselfeldt. Ein solider Haushalt sei der Schlüssel für das Vertrauen in die Finanzmärkte, Struktur-reformen sicherten die Wettbewerbsfähigkeit und Investitionen führten zu

**Solidität,
Struktur-reformen,
Investitionen**

Wachstum und Beschäftigung. „Nun kann zwar ein europäischer Rahmen gesetzt werden, aber die Hauptverantwortung liegt – meines Erachtens aus guten Gründen – bei den Nationalstaaten“, so Hasselfeldt weiter. Doch dazu müssten die Vereinbarungen auch eingehalten werden. Solidarität gebe es nur gegen Solidität. Gerda Hasselfeldt: „Nur so behalten wir Glaubwürdigkeit und Verlässlichkeit in ganz Europa.“

Am Donnerstag-abend traf Kanzlerin Merkel den griechischen Ministerpräsidenten Alexis Tsipras in

Brüssel. Im kleinen Kreis diskutierten die Verantwortlichen über die aktuelle Situation. Griechenland verpflichtete sich dabei, schnell eine vollständige Liste mit Reformvorschlägen vorzulegen. Grundsätzlich bleibe dabei die Vereinbarung der Eurogruppe vom 20. Februar 2015 die Basis. Geld könne nur ausgezahlt werden, wenn vorher auch die Reformpläne eingehalten werden.



Liebe Leserinnen und Leser,

zwei große Themen haben diese Sitzungswoche bestimmt: die gewaltsamen Proteste gegen die EZB-Eröffnung in Frankfurt a.M. am Mittwoch sowie die Debatte um griechische Reparationsforderungen und ihre Verknüpfung mit der aktuellen Debatte um die Griechenland-Hilfsprogramme. Die neue griechische Regierung benutzt die Opfer des Nationalsozialismus als Druckmittel für ihre desaströse Außenpolitik. Rein rechtlich halte ich die griechischen Ansprüche für abgegolten. Reparationszahlungen können die selbst verschuldete Krise in Griechenland sowieso nicht beheben, sondern nur Symptome überdecken. Ähnlich hat sich die Bundeskanzlerin in ihrer Regierungserklärung im Bundestag geäußert. Deutschland und Griechenland verbindet eine reiche Geschichte miteinander. Seit vielen Jahrzehnten sind wir in enger Partnerschaft über die EU und die NATO verbunden. Leider scheint der neuen Regierung jedes Mittel recht zu sein, um von der Tatsache abzulenken, dass die eigenen Wahlversprechen unmöglich umzusetzen sind.

Der Gewaltausbruch in Frankfurt hat uns Abgeordnete erschüttert und empört. Meiner Meinung nach handelte es sich dabei nicht um spontane Aktionen, sondern um geplante brutale Gewaltanwendung gegen Polizisten und sogar Rettungskräfte. Bundesinnenminister de Maizière hat es zurecht als abstoßend bezeichnet, dass Veranstalter und einige Politiker für diese Art von Gewalteskalation Verständnis und Rechtfertigung äußern. Dies hat er auch in der aktuellen Stunde am Donnerstag im Plenum des Bundestages noch einmal deutlich gemacht. Wer das Grundrecht zur Versammlungsfreiheit, das einen so hohen Wert in unserer freiheitlich-demokratischen Gesellschaft hat, derart missbraucht, sollte die ganze Härte des Gesetzes zu spüren bekommen. Gewalt gegen Polizeibeamte ist durch nichts gerechtfertigt.



Andrea Lindholz MdB

Ausschreitungen zur EZB-Eröffnung in Frankfurt

Ein Missbrauch der Freiheitsrechte

Die Bilanz erschüttert: Mehr als 150 Einsatzkräfte wurden verletzt, zum Teil schwer. Es kam zu massiven Angriffen auf die Polizei, Autos wurden in Brand gesetzt, Steine flogen. Während der Eröffnung des Neubaus der Europäischen Zentralbank (EZB) sorgten linksextreme Demonstranten in Frankfurt für ein Bild der Verwüstung.

Linksextremistische Gewalttaten

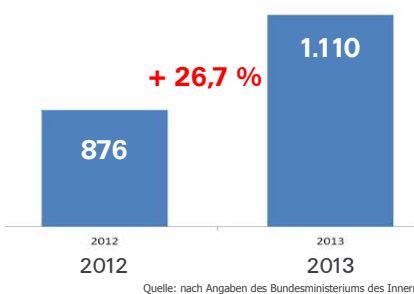


Foto: picture alliance/geisler fotopress

Die Anhänger der kapitalismuskritischen Bewegung „Blockupy“ verurteilen die Finanzpolitik der Europäischen Union, doch durch die massiven Ausschreitungen am Mittwoch erschüttern sie den Rechtsstaat in seinen Grundfesten. Denn die linksextremen Krawalle bei den Protesten machen nicht nur Bundesin-

nenminister Dr. Thomas de Maizière fassunglos. „Wer so handelt, missbraucht unsere Freiheitsrechte“, so der Minister im Deutschen Bundestag. Die Ausschreitungen seien nicht aus einer Laune heraus entstanden, sondern „sie waren von langer Hand geplant“, ergänzte Stephan Mayer (CSU), innenpolitischer Sprecher

der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Er lobte in seiner Rede die Bundesregierung, die die Ausstattung der Sicherheitskräfte verbessern möchte. Jeder Polizist, der in Frankfurt dabei war, „stand auch für uns“, so Mayer. Deshalb müsse man auf eine derartige Verhöhnung der Gewalt mit der gesamten Härte des Rechtsstaates antworten.

Diese Woche

- Regierungserklärung zum Europäischen Rat **Vertrauen und Verlässlichkeit** 1
- Ausschreitungen zur EZB-Eröffnung in Frankfurt **Ein Missbrauch der Freiheitsrechte** 2
- Die Landesgruppe pflegt enge Kontakte zur Schweiz **CSU-Bundestagsabgeordnete beim Gespräch in der Schweizer Botschaft** 2
- Vor 25 Jahren: Erste freie Wahl zur Volkskammer der DDR **„Ein beispielloser Akt der Selbstbefreiung“** 3
- Der Weg zur Deutschen Einheit **Von der freien Wahl zur deutschen Wiedervereinigung** 3
- Etappensieg **Auf dem Weg zur Fachkräftesicherung** 4
- Ausgehackt **Für mehr IT-Sicherheit** 4
- Vorsorgeförderung **Zum Wohle der Gesundheit** 4

IMPRESSUM:

Der Meinungsbeitrag auf S. 1 gibt die persönliche Auffassung des betreffenden Abgeordneten wieder. Foto Editorial: karpf kreativ

Verantwortliche Redakteurin: Linda Dietze
11011 Berlin · Platz der Republik 1

Telefon: (030) 227 - 70212
e-mail: bab@cducsu.de
internet: www.csu-landesgruppe.de

Diese Veröffentlichung der CSU-Landesgruppe dient ausschließlich der Information und darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden.

Die Landesgruppe pflegt enge Kontakte zur Schweiz

CSU-Bundestagsabgeordnete beim Gespräch in der Schweizer Botschaft

Um aktuelle Fragen der Asyl- und Einwanderungspolitik und die wirtschaftliche Lage in der Schweiz und den Grenzregionen aufgrund der Aufwertung des Franken ging es bei einem Gespräch in der Schweizerischen Botschaft. Zahlreiche Abgeordnete der CSU-Landesgruppe um die Landesgruppenvorsitzende Gerda Hasselfeldt und den Parlamentarischen Geschäftsführer Max Straubinger waren in dieser Woche auf Einladung von Botschafter Tim Guldemann in das Schweizer Botschaftsgebäude gekommen. An dem Gespräch nahm auch Bundesrat Alain Berset teil, der als Vorsteher des Eidgenössischen Departements des Innern dem deutschen Bundesinnenminister vergleichbar ist.



Foto: CSU-Landesgruppe

Auf großes Interesse der bayerischen Bundestagsabgeordneten stießen auch verschiedene Fragen zur Verkehrspolitik und dem Rentensystem in der Schweiz. Die Schweiz stellt für Deutschland seit jeher einen wichtigen

Partner dar. Nicht nur aufgrund der räumlichen und kulturellen Nähe steht die Schweiz in einem besonders engen Verhältnis zu Bayern. Dies wurde beim Gespräch der Abgeordneten der CSU-Landesgruppe mit dem Schweizer Botschafter in Deutschland in dieser Woche einmal mehr deutlich.

Vor 25 Jahren: Erste freie Wahl zur Volkskammer der DDR

„Ein beispielloser Akt der Selbstbefreiung“

Es war der Tag der Demokratie in der DDR. Der Augenblick, an dem die Freiheit spürbar wurde – und das durch ein einziges Kreuz. Am 18. März 1990 fanden in der DDR die ersten freien Wahlen statt: „ein beispielloser Akt der Selbstbefreiung“, so Gerda Hasselfeldt, Vorsitzende der CSU-Landesgruppe. Am Mittwoch erinnerte der Deutsche Bundestag an diesen historischen Moment, der den Weg zur deutschen Einheit ebnete.

Der 18. März 1990 war der Wendepunkt. Erstmals war die Stimme der Bürger in der DDR etwas wert. 40 Jahre gab es zuvor keine geheimen Wahlen, keine unabhängigen Kandidaten, keine demokratischen Prinzipien. Die SED-Regierung nahm ihren Bürgern ihre demokratische Freiheit, inhaftierte Andersdenkende, erschoss die Menschen, die das Land verlassen wollten.

Mit dem 18. März 1990 war die vierzigjährige SED-Herrschaft Geschichte. Die Allianz für Deutschland ging als klarer Sieger aus den Wahlen zur zehnten Volkskammer hervor. 48,1 Prozent stimmten für das Bündnis aus CDU, DSU und DA. Die ersten freien Wahlen seien die Errungenschaft der Bürger der DDR gewesen, so Hasselfeldt weiter, der Menschen auf den Straßen von Leipzig, Dresden oder andernorts. „Die Menschen in der DDR wollten nicht die DDR reformieren, sie wollten sie überwinden“, erklärte Hasselfeldt. Und sie wollten die Einheit – so schnell wie möglich.



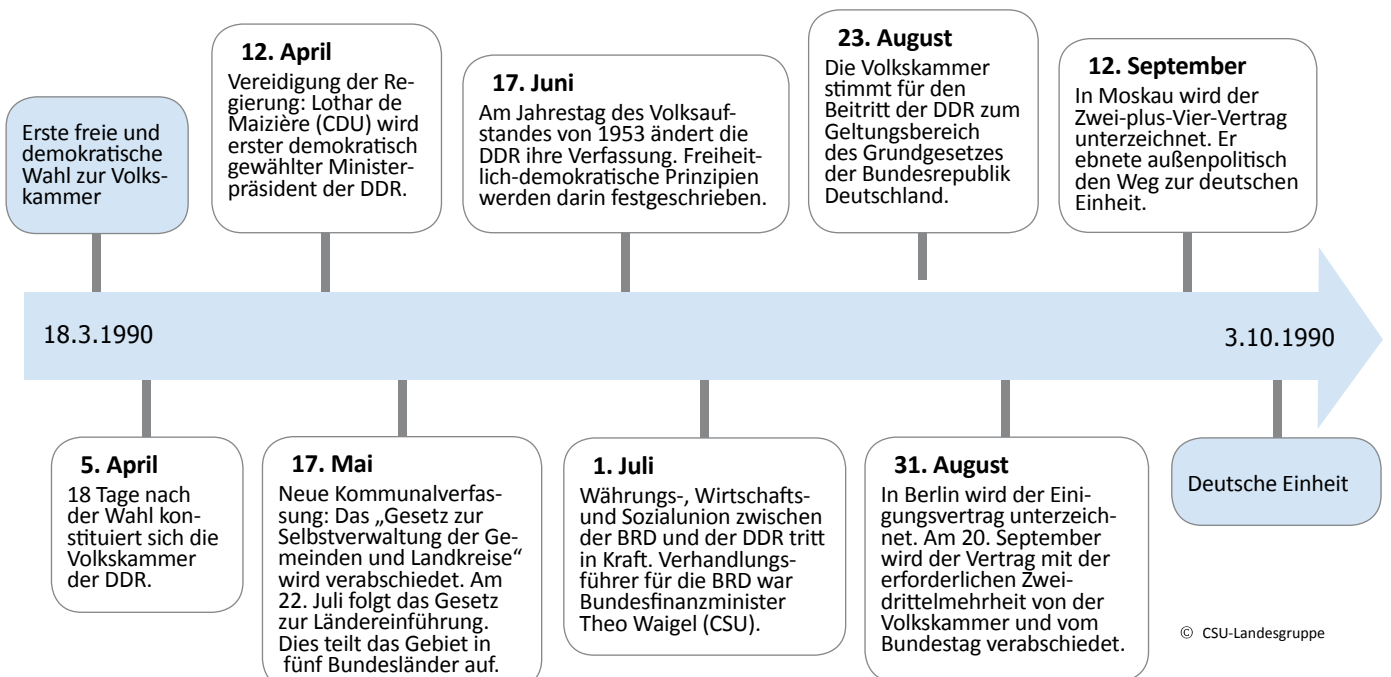
Foto: CDU/CSU-Bundestagsfraktion
Roland Jahn, Sabine Bergmann-Pohl, Marco Wanderwitz, Gerda Hasselfeldt und Eberhard Diepgen (v.l.n.r.) bei der Podiumsveranstaltung zum Jahrestag der Volkskammer-Wahl.

So arbeitete die erste freigewählte Volkskammer fortan mit Hochdruck an der deutschen Wiedervereinigung. „Wir haben die Freiheit gewonnen, mit ihr wuchs die Verantwortung“, meinte Dr. Sabine Bergmann-Pohl, damalige Präsidentin der Volkskammer bei einer Podiumsveranstaltung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. In wenigen Monaten verabschiedeten die Abgeordneten mehr als 160 Gesetze und drei große Staatsverträge.

Heute scheinen die Ereignisse von damals alternativlos, so Hasselfeldt. Doch das waren sie keineswegs. Zur historischen Wahrheit gehöre eben auch: „Es waren die Allianz für Deutschland, der Zusammenschluss der CDU-Ost, der DSU und des Demokratischen Aufbruchs, im Osten und die Union im Westen, die sich am klarsten für eine rasche Wiedervereinigung ausgesprochen haben. Das dürfen wir nicht vergessen.“

Der Weg zur Deutschen Einheit

Von der freien Wahl zur deutschen Wiedervereinigung



Etappensieg

Auf dem Weg zur Fachkräftesicherung

Immer weniger Nachwuchs, immer mehr Ältere: Der demografische Wandel hinterlässt auch auf dem Arbeitsmarkt Spuren. Doch ein breitflächiger Fachkräftemangel ist bisher ausgeblieben. Das Konzept der Bundesregierung zur Fachkräftesicherung fruchtet. Am Donnerstag hat der Bundestag über den Fortschrittsbericht der Bundesregierung debattiert.

Die kontinuierlich gestiegene Erwerbsbeteiligung, insbesondere von Frauen und Älteren, sowie die hohe Nettozuwanderung der letzten Jahre haben den demografischen Rückgang der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter bislang ausgeglichen. Zu diesem Ergebnis kommt der Fortschrittsbericht 2014 der Bundesregierung zum Fachkräftekonzept. Bereits im Jahr 2011 hatte die unionsgeführte Bundesregierung Maßnahmen ergriffen, wodurch langfristig Fachkräftengpässe vermieden werden sollen. Alle inländischen und ausländischen Potenziale sollten hierfür ausgeschöpft werden.

„Die Maßnahmen wirken“, betonte Tobias Zech (CSU) im Plenum des Bundestages. Neben der Steigerung



Foto: picture alliance/dpa

des Erwerbsvolumens hat man auch auf dem Feld der Ausbildung und der guten Arbeitsbedingungen strukturelle Änderungen geschaffen, die zur Fachkräftesicherung beitragen. Zech forderte, dass die Politik Arbeitnehmer weiter begleite. Besonders Älteren müsse die Gelegenheit gegeben wer-

den, noch länger im Betrieb arbeiten zu können. „Es geht um betriebliches Gesundheitsmanagement. Wir müssen für ältere Menschen Arbeitsplätze schaffen, in denen körperlich nicht mehr leistungsstarke Mitarbeiter ihren Beitrag zum Erfolg des Unternehmens leisten können.“

Ausgehackt



Foto: picture alliance/wavebreak media ltd

Für mehr IT-Sicherheit

Am Freitag hat der Bundestag in erster Lesung über ein neues IT-Sicherheitsgesetz debattiert. Der Gesetzentwurf enthält unter anderem Anforderungen für die Betreiber von kritischen Infrastrukturen. Dies sind beispielsweise Unternehmen der Energieversorgung oder aber Unternehmen, die im Verkehr-, Wasser- oder Gesundheitsbereich tätig sind. Aber auch Banken und Versicherungen fallen in den Anwendungsbereich des neuen Gesetzes. Stellen diese Unternehmen nunmehr Angriffe auf ihre IT fest, müssen sie dies umgehend an das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik melden. Die Informationen sollen dort ausgewertet werden und zu einer Verbesserung des Schutzes der Infrastruktur beitragen.

Der Gesetzentwurf sieht außerdem vor, das Bundeskriminalamt in seinen Rechten im Bereich der Cyberkriminalität zu stärken. Dazu soll die Behörde personell und finanziell aufgestockt werden.

Vorsorgeförderung



Foto: picture alliance/arco images

Zum Wohle der Gesundheit

Vorsorge ist oft die beste Medizin. In erster Lesung befasste sich am Freitag der Bundestag mit einem Gesetzentwurf, der Prävention und Gesundheitsförderung stärken wird. Besonderes Augenmerk wird dabei auf die Kindertagesstätten, Schulen, Betriebe oder stationären Pflegeeinrichtungen gelegt. Hier sind Möglichkeiten zu eröffnen, die gesundheitsfördernde Maßnahmen unterstützen, heißt es im Entwurf der Bundesregierung.

Die Leistungen der Krankenkassen für Vorsorgemaßnahmen werden demzufolge verdoppelt werden – auf insgesamt 490 Millionen Euro. Präventive Früherkennungsforschungen für Kinder, Jugendliche und Erwachsene sollen ebenso wie die betriebliche Gesundheitsförderung ausgeweitet werden. Denn je früher im Leben mit Vorsorge begonnen werde, desto eher können Risikofaktoren identifiziert werden. Die gilt insbesondere für eine immer älter werdende Gesellschaft.